

## Gedenken an die Deportation nach Sibirien

Am 25. März 2008 wurden im ganzen Lande Erinnerungsfeiern für die etwa 20.000 Personen, die 1949 nach Sibirien verschleppt wurden, gehalten. Staatspräsident Toomas Hendrik Ilves verglich in seiner Ansprache diese Deportationen mit Völkermord. Die Deportierungen 1949 betrafen vor allem die Landbevölkerung, die sich der Kollektivierung widersetzte. 1941 waren es ca. 10.000 Personen, viele davon Frauen und Kinder sowie die Intellektuellen. Estland verlor zwischen 1940 und 1950 ca. 25% seiner Bevölkerung – hauptsächlich durch den sowjetischen Terror, aber auch durch Krieg und Flucht und auch durch Übergriffe der Nazis zwischen 1941 bis 1944.

## Geheimdienst nach US-Vorlage

Der Chef des lettischen Geheimdienstes SAB, Janis Kazocins, ist von der Regierungskoalition und Teilen der Opposition für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt worden. Die Personalentscheidung fiel nicht in Riga, sondern in Washington, ließ Innenminister Mareks Seglins wissen. Lettland könne „seine kleinen Fäuste ballen“, müsse sich aber den Wünschen der führenden NATO-Macht USA fügen, die „deutlich gemacht habe“, dass sie Kazocins, einen britischen Ex-Brigadegeneral, weiter an der Spitze sehen wolle.

## Die Vollbeschäftigung

Die Vollbeschäftigung zwingt die estnische Regierung Maßnahmen zu ergreifen, um aus den Langzeitarbeitslosen heraus weitere Arbeiter zu aktivieren. Da dieselben, besonders im Bereich Ost-Wierland/Ida-Virumaa aber im Wesentlichen aus Alkoholabhängigen bestehen, werden Alkoholzugsprogramme ein Bestandteil der vorgesehenen Maßnahmen sein. Die bisher eher restriktiven Regeln für Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte werden erleichtert. Die bisherige Quote von 677 pro Jahr ist auf 1.350 erhöht worden. Diese Quote gilt für Nicht-Schengen-, USA- und Bewohner Japans. Den Fremdarbeitern soll das 1,4-fache des estnischen Durchschnittsgehalts garantiert sein, das heute 15.215 EEK (= 972,20 Euro) beträgt.

# Das zweite Leben von Ruslan Vladimir

Im Jubiläumsjahr Zweifel an Funktion des Staates in Lettland

Von Axel Reetz

Lettland horcht auf, ist erstaunt, erschüttert. Vor 16 Jahren war einer jungen Frau in Dünaburg/Daugavpils, der zweitgrößten Stadt des Landes nahe der weißrussischen Grenze während des Einkaufs der vor dem Geschäft abgestellte Kinderwagen samt Säugling entführt worden. Die Polizei konnte den Fall nicht aufklären, doch die Mutter hatte all die Jahre erklärt, sie sei überzeugt davon, daß ihr Kind lebe, und zwar gar nicht weit entfernt.

Nun stellte sich heraus, daß die Frau Recht hatte. Der verlorene Sohn wurde gefunden. Allerdings nur durch einen Zufall. Die den Jungen erziehende Mutter mußte sich wegen eines anderen Vergehens vor Gericht verantworten und konnte für ihren Sohn weder einen (in Lettland existierenden) Personencode angeben, noch seine Existenz durch eine Geburtsurkunde nachweisen.

Diese Umstände werfen ein fahles Licht auf den lettischen Staat. Daß die Polizei das Kind nicht hatte finden können, der verlassene Kinderwagen wiederum war wenig später in einem Treppenhaus nahe des Geschäftes wieder aufgetaucht, mag vielleicht noch weniger überraschen, denn Säuglinge sehen sich ähnlich und sind schwierig zu suchen. Was aber verblüffender ist, der Junge lebte tatsächlich all die Jahre in seiner Heimatstadt, und weder Arztbesuche noch Schulanmeldung stellten ein Problem für die Ziehmutter dar, obwohl sie die ganze Zeit über keine Geburtsurkunde vorweisen konnte. Da mögen ihre eigenen Rechtfertigungen, der inzwischen verstorbene Mann habe das Kind eines Tages mitgebracht und behauptet, er habe es aus Dagestan geholt, schon gar nicht weiter verwundern. Es kann ja sein, daß diese Frau so naiv ist, daß sie ihrem Mann keine weiteren Fragen stellte, wer die Mutter des Kindes ist und er eventuell sogar der uneheliche Vater. Auch mag man glauben, daß die Frau intellektuell nicht in der Lage war zu begreifen, daß 1992, nur ein Jahr nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, die Übersiedlung eines Kindes aus dem zu

Russland gehörenden Dagestan ins nunmehr unabhängige Lettland ohne Papiere wenig glaubwürdig klingt. Der Säugling kann schließlich schlecht im Koffer eingeführt werden. Trotzdem liegt angesichts dieser Vermutung nahe, daß sie das Kind vielleicht doch selber entführt hat.

## Funktionalität des Staates

In der Politikwissenschaft wird seit den 90er-Jahren mit neuen Begriffen operiert. Defekte Demokratien, schwache oder gescheiterte Staaten sind eingeführt worden, um aufzuzeigen, in welchen Staaten die offizielle demokratische Ordnung keine wirkliche Mitbestimmung für die Einwohner garantieren oder wo die Regierung ihre Staatsgewalt nicht zu Gunsten aller Bürger ausübt, respektive überhaupt dazu nicht in der Lage ist. Einstweilen gilt Lettland nicht für keine dieser Phänomene als Beispiel. Innerhalb der EU entwickelt es sich jedoch den Standards entsprechend mehr und mehr zum Sorgenkind.

Die lettische Regierung muß sich nach den Geschehnissen in Daugavpils die Frage gefallen lassen, ob sie einen funktionierenden Staat lenkt, ob die Behörden ihre Aufgaben erfüllen, zu suchen, es sich hier nicht um einen einzelnen Korruptionsfall. Und dies geschieht ausge-rechnet im Jahre eines runden Geburtstages. Lettland feiert im November den 90. Jahrestag der Proklamation der Unabhängigkeit. Die international nie anerkannte Inkorporation in die Sowjetunion hat die Staatlichkeit juristisch nicht unterbrochen, weshalb die Letten sich auch nicht in einer zweiten Republik sehen.

Aber der Geburtstag fällt generell in eine Zeit, in der die Bevölkerung ihrer politischen Führung nach den Skandalen in Jurmala, dem Fall Gulbis, der geplanten Änderungen im Gesetz über die nationale Sicherheit und schließlich der versuchten Absetzung des Chefs der Anti-Korruptionsbehörde zutiefst mißtraut, was das Faß im Herbst vergangenen Jahres zum Überlaufen brachte. Es folg-

te die so genannte „Regenschirmrevolution“, das erste Mal seit der Zeit des Nationalen Erwachens unter Gorbatschow gingen die Menschen wieder auf die Straße, viele Letten sahen darin ein déjà vu, obwohl es doch einen wesentlichen Unterschied gab: damals demonstrierte man für die eigene Regierung, dieses Mal gegen sie. Dieses Ereignis führte auch dazu, daß die benachbarten Esten erstmalig erkannten, daß innenpolitisch viel in Lettland nicht so läuft wie in Estland. Davon war die öffentliche Meinung nie ausgegangen.

### *Vergleich mit Estland scheuen*

Was zunächst wie der Ausdruck einer funktionierenden Zivilgesellschaft aussieht, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß infolge von fast 60 Jahren Diktatur bereits vor der sowjetischen Okkupation unter Karlis Ulmanis in der Gesellschaft Spuren hinterlassen haben. Die Bevölkerung sehnt sich weniger nach mehr Mitbestimmung als nach dem starken Mann. Daß nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1991 die Letten so wie die baltischen Nachbarn zunächst auf ihr Schicksal hingewiesen haben, ist verständlich, denn jahrzehntelang durfte darüber nicht gesprochen werden. Große Bedeutung erlangte dabei wie schon Ende des 19. Jahrhunderts die Tradition des Singens verbunden mit pathetischen Reden.

Nummehr wird die neue Unabhängigkeit bald volljährig, und Lettland muß den Vergleich mit Estland zu scheuen beginnen. Die Bewertung Lettlands in internationalen Publikationen bezüglich der Korruption ist schon lange die positivste nicht. Nun aber schlittert das Land außerdem auch noch in eine handfeste ökonomische Krise. Die Politik hat ihre Hausaufgaben nicht nur nicht gemacht, sondern sie geflissentlich ignoriert. Darüber hinaus beschäftigte sich die Politik so weit mit sich selbst und der Monopolisierung der Macht, daß die passiven Letten 2007 sogar wieder wie zur Zeit des Umbruchs auf die Straße gingen.

Nummehr stellt sich heraus, daß im wahrsten Sinne des Wortes kein Staat zu machen ist, wenn man sich immer nur vergangenheitsbezogen als Heulsuse profiliert. In Lettland gibt es zwar keine Inflationsbekämpfung aber klare Vorschriften, an welchen Trauertagen, und das sind zahl-

reiche, geflaggt werden muß – üblicherweise zur nationalen Trauer auch mit Trauerflor. Nun möchte man meinen, daß Flaggen an öffentlichen Gebäuden zu verschiedenen Daten kein Problem darstellen, aber anstelle mit Familien-, Bildungs- oder Gesundheitspolitik beschäftigten sich die Behörden mit der Verfolgung des Verstoßes dagegen, daß nämlich auch an Privatgebäuden geflaggt werden muß.

### *Wachsende Agressivität*

Insbesondere die Gewinner der Transformation in der lettischen Gesellschaft verwechseln seit langem Freiheit mit Willkür. Daß mit Geländefahrzeugen durch die Großstadt gefahren wird, kennt man auch aus dem Westen. Daß aber neben Geschwindigkeitsüberschreitungen Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung an der Tagesordnung sind, ist ein Zeichen wachsender Aggressivität. Manchmal könnte man meinen, der Fahrer hat einen Hormonschub, wenn er an einer Kreuzung den Blinker nicht setzt und anschließend durch Hupen sein Kommen anzeigt.

Die Staatsgewalt setzt dem kaum etwas entgegen. Statt dessen ist Lettland ein Staat, in dem es nach wie vor eine Municipalpolizei gibt, die eigentlich nichts anderes ist als ein aufgerüstetes Ordnungsamt und sich mit keinerlei wichtigen Dingen beschäftigt. Statt um Gewalt in der Familie oder Schlägereien vor Diskotheken kümmert man sich um die Folgen völlig unsinniger Vorschriften wie dem Verbot des Alkoholkonsums auf der Straße und des Verkaufs während der Nacht. Statt den Alkoholismus einzudämmen, ver-

sammelt diese Maßnahme das einschlägige Publikum in der Nähe von Geschäften mit Ausnahme genehmigungen. Die muß es natürlich geben, denn sonst wäre der Korruption die Grundlage vollkommen entzogen. Interessant auch, daß Hundehalter, die ohne Leine unterwegs sind nicht aufgegriffen werden. Es ist ja auch so viel einfacher, sich mit irgendeinem angetrunkenen Mittvierziger zu beschäftigen.

### *Verjährung droht*

Zurück zu dem Fall des entführten Jungen, dessen Entdeckung auch durch die internationale Presse ging. Die Bevölkerung in Lettland reibt sich besonders deshalb verwundert die Augen, weil Paragraph 126 des Strafgesetzbuches die Verjährung der vorliegenden Tat nach zehn Jahren vorsieht, die in Haft sitzende Ziehmutter also für diese Tat nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden kann.

Der Junge, welcher 16 Jahre lang von seiner Ziehmutter Ruslan gerufen wurde, hegt keinen Haß gegen sie, hat nunmehr seine leibliche Mutter mehrfach getroffen und erfahren, daß er eigentlich Vladimir heißt. Zukünftig, so sagte er, wolle er beide Namen tragen. Wo er leben wird, ist einstweilen noch offen und abhängig von seiner Entscheidung. Sein leiblicher Vater, der mit einer anderen Frau zusammen lebt, würde ihn auch zu sich nehmen wollen. Ruslan Vladimir, der sich langsam an die neue Situation gewöhnt, klagt darüber, daß die Psychologen ihn eher störten als Unterstützung bedeuteten, derweil der schwerste Schlag für ihn darin besteht, daß sich viele Freunde von ihm abgewandt haben.

**„Die BALTISCHEN BRIEFE  
gehören ins Baltikum!“**

**Geschenkabonnements zum Sonderpreis**

**Bestellung beim Verlag Baltische Briefe**